

Politik und Geschichte

*In den Geschichtswissenschaften fehlen
die konservativen Historiker. Ein Essay*

Von Caspar Hirschi

Die Geschichte ist eine seltsame Wissenschaft. Sie geniesst hohes Ansehen an der Universität und grosse Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Bücher von Historikern finden regelmässig den Weg in die Bestsellerlisten, und manchmal schaffen sie es sogar, zugleich Laien und Spezialisten mit neuen Erkenntnissen zu beglücken. Gleichzeitig leiden Berufshistoriker an der permanenten Infragestellung ihres Expertenwissens durch Laien. Professoren müssen sich von Leserbriefschreibern und Bloggern Lektionen in historischer Wahrheit erteilen lassen, Profis streiten auf Podien mit Amateuren aus Politik und Journalismus über die richtige Deutung der Nationalgeschichte – und bekommen dabei fast schon rituell den Vorwurf zu hören, sie verfälschten die Geschichte für politische Zwecke.

Was macht eigentlich ein Historiker?

Nein, es ist keine Besonderheit der Geschichte, dass Wissenschaftler von Dilettanten infrage gestellt werden. Klimaforschern und Evolutionsbiologen ergeht es diesbezüglich noch schlimmer. Was die Geschichte aber von der Biologie und Meteorologie unterscheidet, ist die Schwierigkeit der Historiker, die Grenzen ihrer Wissenschaft klar zu umreissen. Die meisten Naturwissenschaftler

haben es da leichter: Ihre Forschung ist theoretisch voraussetzungsreicher, ihre Sprache spezialisierter, und viele arbeiten in einem teuren Maschinenpark, der Laien verschlossen ist. Ein Evolutionsbiologe kann sich daher gut sichtbar von Kreationisten, ein Klimaforscher von Klimawandel-Leugnern abheben. Dagegen braucht man, um Geschichte zu betreiben, kein Labor und eigentlich auch nur ein Minimum an Spezialjargon. Und was Berufs- im Unterschied zu Hobbyhistorikern tun, wenn sie ihrer Wissenschaft nachgehen, lässt sich so leicht nicht sagen. Sie lesen und schreiben, besuchen Bibliotheken und Archive, diskutieren mit Kollegen und Studenten, durchforsten Google Books und konsultieren Wikipedia. Besaßen frühere Historikergenerationen in der philologischen Quellenkritik noch ein gemeinsames wissenschaftliches Fundament, so hat sich die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahrzehnten derart ausdifferenziert, dass von einer «historischen Methode» kaum noch die Rede sein kann. Aber auch in der Blütezeit der historischen Philologie legte die Quellenkritik nie den Weg zur einen historischen Wahrheit frei, sondern zu vielen divergierenden Deutungen, über deren Richtigkeit sich endlos streiten liess.

Alle Geschichte ist politisch

Es mutet daher etwas kühn an, wenn mein Zürcher Kollege Philipp Sarasin, entnervt vom Dauerbeschuss aus der nationalkonservativen Ecke, die Geschichte aus dem «Strudel politischer und nationalmythischer Polemik» herausziehen und allen Amateurbesserwissern das Maul stopfen möchte, indem er zum Vergleich ausholt, man könne einem Physiker gegenüber auch nicht der «Meinung» sein, «die Relativitätstheorie sei unwichtig oder gar falsch». Der Vergleich hinkt doppelt, denn weder gründet die Geschichte auf Gesetzen, noch kann sie unpolitisch sein. Ob national oder transnational, makro oder mikro, von oben oder unten, westlich oder postkolonial – in jede Form von Geschichtsschreibung fliessen politische Überzeugungen ein. Und genau darin liegt ihre Faszination.

Die politische Dimension der Geschichtswissenschaft lässt sich am besten historisch erklären: Sie hat im modernen Nationalstaat den Platz eingenommen, den im konfessionellen Territorialstaat die Theologie innehatte. Die Geschichte wurde zur staatstragenden Wissenschaft par excellence. Entsprechend nahmen Geschichtsprofessoren gerne die Rolle säkularer Sonntagsprediger ein, die Bürgern und Politikern aus der Vergangenheit die nationale Bestimmung der Zukunft aufzeigten. Um diese Rolle auszufüllen, war es wichtig, möglichst wenig Fachchinesisch zu sprechen und die Theorie auf ein Minimum zu beschränken. Die dünne wissenschaftliche Panzerung war Programm: Sie steigerte die öffentliche Wirkung.

Den meisten heutigen Historikern ist die Komplizenschaft von Geist und Macht, die ihre Vorvorgänger eingegangen sind, suspekt. Unterschwellig zehren wir aber weiterhin von ihr. Jedes Jahr bringen Historiker haufenweise Jubiläumsliteratur auf den Markt, heuer etwa von Morgarten über Waterloo bis Nagasaki, und sie prägen damit eine öffentliche Erinnerungskultur, die noch immer stark national konturiert ist. Vergangenes Jahr dominierte der Ausbruch

des Ersten Weltkrieges die publizistische Agenda – wobei in Deutschland ein Buch alle anderen in den Schatten stellte: Christopher Clarks *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. Es ist packend geschrieben und gründlich recherchiert, aber das allein erklärt seinen Erfolg noch nicht. Entscheidend war vielmehr, dass Clark die Deutschen in der Kriegsschuldfrage entlastet und den Eindruck erweckt, die politischen Eliten Europas könnten ohne Orientierungshilfe von Historikern leicht wieder in eine Katastrophe von ähnlichem Ausmass schlittern. Es hat sich viel verändert im Fach Geschichte, damit das Wesentliche gleich bleibt.

Die Menge macht das Gift

Wenn alle Geschichte politisch ist, ist es dann auch einerlei, ob ein Thomas Maissen oder Christoph Blocher auf nationalgeschichtliche Deutungsreise geht? Ganz und gar nicht. Die Menge macht das Gift. Kein Historiker könnte es sich leisten, zugleich «sicher» zu sein, dass die «geistigen Wurzeln der schweizerischen Neutralität» in Marignano liegen, und einzuräumen, dafür keinen einzigen Quellenbeweis zu haben. Belege für Behauptungen zu liefern, ist das eine, der Geschichte ihre Vieldeutigkeit zuzugestehen, das andere. Kommt sie daher wie ein politisches Rezeptbuch, taugt sie wissenschaftlich nichts. So auch in der Neutralitätsfrage: Während in Blochers Marignano-Interpretation die Forderung steckt, die Schweiz müsse für immer neutral bleiben, läuft Maissens historische Herleitung der Neutralitätspolitik keineswegs darauf hinaus, wir sollten schleunigst der EU beitreten. Dass Maissen den EU-Beitritt befürwortet, färbt sicher auf sein Bild der Schweizer Geschichte ab, aber ein Stück Wahlkampfpropaganda wird es deswegen noch lange nicht.

Für solche feinen Unterschiede haben Geschichtsinteressierte aus dem rechtskonservativen Lager in der Regel wenig übrig. Aus ihrer Sicht machen politisch interessierte Universitätshistoriker schlicht das Gleiche wie geschichtsinteressierte Politiker, nur einfach mit linker Schlagseite und üppigen Staatspründen. Die Tatsache, dass unter Geschichtsprofessoren bürgerliche Denker rar und rechtskonservative inexistent sind, kann in der Denklogik dieser Zeitgenossen nur einem grossangelegten Berufungskomplotz entspringen. Um die Verschwörungstheorie halbwegs plausibel zu machen, müsste es aber schon einige Schweizer Historiker von internationalem Rang und konservativer Gesinnung geben, die in Berufungsverfahren systematisch übergangen wurden. Ich sehe keinen.

Linke Universitätshistoriker

Gleichwohl ist der Umstand, dass die Universitätshistoriker in der Schweiz politisch zur grossen Mehrheit links der Mitte stehen, für die Geschichtswissenschaft genauso ein Problem wie für die rechten Parteien. Den Hochschulen fehlt es an einer pluralistischen Debattenkultur, den Bürgerlichen und Rechtskonservativen an renommierten Denkern mit historischem Tiefblick, und die ge-

meinsame Quittung ist eine verbissene Dauerfehde zwischen Exponenten bei der Lager. Die Intensität und Destruktivität dieser Fehde mag im internationalen Vergleich aussergewöhnlich sein, die Konstellation jedoch ist es nicht. An deutschen Universitäten steht die Historikerzunft den linken Parteien ebenfalls näher als den rechten, obwohl sie innerhalb der Geisteswissenschaften noch als konservativ gilt. Am extremsten aber ist die Einseitigkeit in den Vereinigten Staaten; an den Spitzenuniversitäten der Ost- und Westküste sind die meisten Professoren so «liberal» eingestellt, dass ihnen sogar manche Demokraten zu konservativ sind.

Bezeichnenderweise ist der einzige berühmte Republikanerfreund unter den Ivy-League-Historikern ein Brite: Niall Ferguson lancierte seine Karriere als origineller Thatcherist in Oxford und mutierte schliesslich in Harvard zum strammen Neocon. Bezeichnend ist das deshalb, weil Grossbritannien die Ausnahme von der Regel darstellt. Die grössten Geschichtsdepartemente auf der Insel decken seit langem ein aussergewöhnlich breites politisches Spektrum ab, vom Kommunismus bis zum Konservatismus, und an beiden Rändern fehlt es nicht an klugen und kenntnisreichen Köpfen. Dadurch ist es britischen Universitätshistorikern möglich, untereinander auch öffentlich zu diskutieren, ob das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union austreten solle oder nicht. Verglichen mit den Schlachtengedenkstreitgesprächen in der Schweiz erhöht das nicht nur die Qualität der Argumente, sondern auch die Legitimität der Geschichtswissenschaft.

Elitärer Konservatismus

Dass die politische Rechte an britischen Universitäten besser vertreten ist, hat damit zu tun, dass sich in England bis heute ein ebenso elitärer wie exzentrischer Konservatismus hält, der in den skurrilen Ritualen alter Oxbridge-Colleges ein perfektes Biotop und in David Abulafia und Robert Tombs renommierte Repräsentanten hat. Noch im 19. Jahrhundert war eine demokratiefeindlichere Variante dieses Konservatismus auch auf dem Kontinent verbreitet, wo er so brillante Historiker wie Jacob Burckhardt oder Alexis de Tocqueville hervorgebracht hat, später aber anfällig für totalitäre Ideologien wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er daher weitgehend diskreditiert und mit dem Aufstieg der Achtundsechziger an Universitäten, auch jenen der Schweiz, zusehends marginalisiert. In England bemühen rechtskonservative Historiker bis heute gerne den nationalistischen Topos, sie lebten auf der Insel der Seligen und blickten auf ein kontinentales Jammertal, aber sie tun es nicht selten mit so viel Witz und Eleganz, dass selbst manche linke Historiker ihre Stimme missen würden, wenn es sie nicht mehr gäbe.

Dass die konservative Stimme aus der Geschichtswissenschaft verschwindet, ist so unrealistisch nicht. Politik und Wissenschaft müssen nur weiter forcieren, was sie derzeit praktizieren. Je mehr Rechtskonservative ihr Heil im Populismus suchen, desto weniger werden sie Personen gewinnen, die den Dingen auf den Grund gehen und die Welt in ihrer realen Widersprüchlichkeit erfassen wollen. Die US-Republikaner weisen den Weg in die intellektuelle Wüs-

te. Dagegen sind die Ausgrenzungsmechanismen innerhalb der Geschichtswissenschaft subtiler. Um ihnen auf die Spur zu kommen, sind noch einmal die feinen Unterschiede zwischen dem Geschichtsverständnis von Akademikern und jenem von Amateuren zu beachten.

Was einen professionellen Historiker ausmacht, ist laut der amerikanischen Wissenschaftshistorikerin Lorraine Daston «der Kult des Archivs, das Handwerk der Fussnoten, die sorgfältig erstellte Bibliographie, das intensive und kritische Lesen von Texten, die riesengrosse Angst vor Anachronismen». Von den fünf Eigenschaften, die Daston nennt, sind aber nur deren zwei spezifisch für die Geschichte (die übrigen gelten für alle Geisteswissenschaften): der Archivkult und die Angst vor Anachronismen.

Der Archivkult wurde in Zeiten, als man Handschriften für die unmittelbarste Überlieferungsform hielt, mit mehr Inbrunst betrieben als heute, und er dürfte mit der massenweisen Digitalisierung von Archivbeständen in seiner Funktion als Entdeckungsreise in die Vergangenheit weiter geschwächt werden. Die Angst vor Anachronismen dagegen hat sich, wie Daston treffend bemerkt, ins Gigantische gesteigert. Wir Historiker sind immer zugleich potenzielle Verbrecher und Polizisten, müssen vermeiden, einen Begriff zu verwenden, der nicht zu einer bestimmten Zeit zu passen scheint, und Bussenzettel verteilen, sobald wir den Eindruck haben, ein Kollege habe sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht.

Das Resultat ist ein Eiertanz, der ein ernsthaftes Anliegen ad absurdum führt. Es besteht kein Zweifel, dass ein vorsichtiger Umgang mit Anachronismen Voraussetzung für jede seriöse Geschichtsschreibung ist. Wir können das Denken und Handeln früherer Generationen nur verstehen, wenn wir es auch aus ihrer – und nicht nur aus unserer – Vorstellungswelt heraus erklären. Erst dann wird uns, um ein Beispiel zu geben, einsehbar, dass päpstliche Astronomen im 17. Jahrhundert auch nach Galileis Entdeckungen noch gute empirische Gründe hatten, für ihre Berechnung der Planetenlaufbahnen am geozentrischen Weltbild festzuhalten. Würden wir ihre Überzeugungen an den Erkenntnissen der modernen Physik anstatt am damaligen Wissensstand messen, wäre uns diese Einsicht verschlossen.

Die Anachronismus-Polizei

Die Angst vor Anachronismen hat längst eine Dimension erreicht, die historisches Denken mehr verhindert als fördert. Da ist zum einen die Doktrin des historisch korrekten Sprechens, gemäss der Historiker bei ihrer Analyse vergangener Ereignisse nur Vokabular verwenden sollten, das schon den damaligen Akteuren zur Verfügung stand. Dieser Sprachpurismus ist naiv und illusionär. Er entspricht einem Wissenschaftsverständnis, wonach wahre Erkenntnis dann möglich sei, wenn das untersuchende Subjekt mit dem untersuchten Objekt eins werde. Wir Historiker sind aber weder Zeitreisende noch Telepathen der Toten. Und auch wenn wir imstande wären, die Welt frühneuzeitlicher Söldner in deren eigener Sprache wiederauferstehen zu lassen, hätten wir vom Söldnerwesen höchstens so wenig begriffen wie sie selbst. Die historische Rückschau schafft einen eigenen Mehrwert an Wissen, den es zu nutzen gilt. Dem Erkenntnisgehalt

der Geschichtswissenschaft wäre daher mehr geholfen, wenn Historiker ihre analytische Sprache von der Quellsprache der historischen Akteure klar trennten. Damit würde auch transparent, dass jede Geschichtsbetrachtung zeit- und standortabhängig ist – und so immer neue Erkenntnisse erlaubt.

Zum andern hat die Angst vor Anachronismen zur Ablehnung von Erklärungsansätzen geführt, die Gegenwartsphänomene weit in die Vergangenheit zurückverfolgen. Die Falle der Anachronismus-Polizei schnappt dabei gleich zweimal zu: beim Aktualitätsbezug und bei der Kontinuitätsannahme. Wer heute etwa die Frühformen des Rassismus, des Fundamentalismus oder (wie etwa ich) des Nationalismus mehr als zweihundert Jahre zurückdatiert, handelt sich fast zwangsläufig den Vorwurf ein, ferne Zeiten zu aktualisieren und historische Bruchlinien zu ignorieren. Langfristige Kontinuitäten hervorzuheben, bedeutet demnach, egal wie gut die Beweisführung sein mag, ein «lineares» Geschichtsbild zu vertreten, ja letztlich Geschichte durch «Mythos» zu ersetzen.

Plädoyer für Pluralismus

Historiker, die so argumentieren, geben eine Denkkonvention innerhalb der Geschichtswissenschaft als historische Tatsache aus. Die Geschichte verläuft nicht «objektiv» in Brüchen, sondern sie wird von heutigen Universitätshistorikern gerne so imaginiert und präsentiert. Das Konzept einer «fragmentierten» Geschichte hat für sie den zusätzlichen Vorteil, dass sie sich besser von geschichtsinteressierten Laien abgrenzen können. Vor allem aber ist die Denkkonvention voller politischer Implikationen. Wer Geschichte als eine Folge unverbundener Episoden versteht, «befreit» die Gegenwart und Zukunft von der Vergangenheit. Was für die Gesellschaft von heute und morgen gut ist, lässt sich nicht mehr aus der Geschichte ableiten.

Die Denkkonvention einer diskontinuierlichen Geschichte ist perfekt zugeschnitten auf die Politik progressiver Parteien, die, vom Liberalismus bis zum Sozialismus, ihre eigene Mission aus einer Geschichte der Brüche und Neuanfänge ableiten. Das allein macht die Denkkonvention aber noch nicht problematisch. Würden ihre Verfechter die politischen Implikationen ihrer Forschung offenlegen und gleichzeitig alternative Geschichtszugänge, die gut begründet sind, als Teil ihrer Disziplin anerkennen, gäbe es nichts auszusetzen. Problematisch wird es erst, wenn die Denkkonvention mit einem Monopolanspruch auf Wissenschaftlichkeit verbunden wird. Dann kippt Wissenschaft in Politik um. Es geht nicht mehr um gute Beweise und starke Argumente, sondern um weltanschaulichen Konsens.

Die Denkkonvention einer diskontinuierlichen Geschichte ist perfekt zugeschnitten auf die Politik progressiver Parteien, die, vom Liberalismus bis zum Sozialismus, ihre eigene Mission aus einer Geschichte der Brüche und Neuanfänge ableiten. Das allein macht die Denkkonvention aber noch nicht problematisch. Würden ihre Verfechter die politischen Implikationen ihrer Forschung offenlegen und gleichzeitig alternative Geschichtszugänge, die gut begründet sind, als Teil ihrer Disziplin anerkennen, gäbe es nichts auszusetzen. Problematisch wird es erst, wenn die Denkkonvention mit einem Monopolanspruch auf Wissenschaftlichkeit verbunden wird. Dann kippt Wissenschaft in Politik um. Es geht nicht mehr um gute Beweise und starke Argumente, sondern um weltanschaulichen Konsens.

Geht die Reise weiter in diese Richtung, wird es nur Verlierer geben: Die Geschichtswissenschaft büsst an Legitimität, die Politik an Substanz ein, und die Streitkultur verroht zum ideologischen Grabenkampf. Solange die Geschichte eine staatstragende Wissenschaft ist, braucht es eine pluralistische Fachkultur, wenn uns der Erhalt einer pluralistischen Demokratie am Herzen liegt. |G|



Caspar Hirschi, Jahrgang 1975, ist seit 2012 Professor für allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen. Davor lehrte er an der ETH, in Cambridge und Freiburg i. Ü. Er forscht derzeit zur Geschichte des Experten, Kritikers und Intellektuellen. 2012 erschien bei Cambridge University Press *The Origins of Nationalism*. Hirschi ist wissenschaftlicher Beirat von NZZ Geschichte. Er wohnt mit seiner Familie in Winterthur.